

DAS LICHT AM ENDE DES TUNNELS?

DER UKRAINISCH-RUSSISCHE GASKONFLIKT

Juri Durkot

VOM WICHTIGSTEN GASLIEFERANTEN ZUM IMPORTEUR: DIE SOWJETZEIT

Für die Geschichte der sowjetischen Gasförderung spielt die Ukraine als Gas- und Technologielieferant eine zentrale Rolle. Vor der Ende der sechziger Jahre einsetzenden Erschließung der riesigen Gasvorkommen in Sibirien und in Turkmenistan war die Ukraine einer der wichtigsten Gaslieferanten für große Teile der Sowjetunion. Die Anfänge der Gasförderung in dem zunächst zu Österreich-Ungarn und in der Zwischenkriegszeit zu Polen gehörenden Galizien (Westukraine) gehen noch auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Die erste Pipeline wurde hier 1912 in Betrieb genommen. In den zwanziger Jahren wurde das Gasfeld Daschawa in den Vorkarpaten entdeckt, das nach dem Zweiten Weltkrieg mit einigen anderen neu entdeckten Vorkommen in dieser Region zunächst rund die Hälfte der sowjetischen Gasförderung ausmachte. Bereits 1948 wurde die damals größte europäische Pipeline von Daschawa nach Kiew gebaut, die später nach Moskau verlängert wurde. 1955 wurde in der Ukraine mit etwa fünf Milliarden m³ fast die Hälfte des gesamten sowjetischen Gases (10,3 m³) gefördert. Der Anteil des Erdgases im ukrainischen Energiemix war zur damaligen Zeit mit 3,3 Prozent noch recht bescheiden.

Somit war in der Ukraine in den ersten Nachkriegsjahren nicht nur die wichtige Infrastruktur für den Gassektor – För-



Juri Durkot, Jahrgang 1965. Nach dem Germanistik-Studium publizierte er Anfang der neunziger Jahre in österreichischen Zeitungen. Von 1995 bis 2000 war er Pressesprecher der ukrainischen Botschaft in Deutschland. Heute lebt er als freier Journalist, Publizist, Produzent und Übersetzer in seinem westukrainischen Geburtsort Lemberg.

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland im Gassektor waren bislang von viel Intransparenz, korruptionsverdächtigen Schemen, fragwürdiger Zahlungsmoral, politischem Druck, gegenseitigen Schuldzuweisungen, innenpolitischen Kämpfen und aggressiver Propaganda beherrscht. Während die Europäische Union lange Zeit die Entwicklungen zu nächst skeptisch, aber eher passiv beobachtet hatte, war sie zuletzt doch gezwungen, sich immer aktiver einzuschalten – im eigenen Interesse. Die ersten Krisen gab es aber nicht erst 2006 oder 2009, sondern schon kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion. Doch die Geschichte der ukrainisch-russischen Gasbeziehungen ist viel länger.

deranlagen, Pipelines, Verdichterstationen – entstanden, auch die meisten technischen Hochschulen und Forschungsinstitute der Branche waren hier zu Hause. Ein ganz wesentlicher Teil des Know-how der sowjetischen Gasindustrie stammte aus der ukrainischen Entwicklung. Und die meisten Fachleute, die ab Ende der sechziger Jahre in Sibirien und in Turkmenistan neue Gasfelder erschlossen, kamen ebenfalls aus der Ukraine.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wurden große Gasvorkommen in der Zentral- und Ostukraine entdeckt, vor allem in den Regionen Poltawa und Charkiw; das wichtigste davon war das Gasfeld Schebelynka südlich von Charkiw mit einem geschätzten Volumen von 650 Milliarden m³. Während die Gasfelder im Westen des Landes mit der Zeit „austrockneten“ (in der Spitze wurden hier in der ersten Hälfte der sechziger Jahre 12 bis 13 Milliarden m³ jährlich gefördert), verlagerte sich der Schwerpunkt der ukrainischen Gasförderung in den Osten.

In den wirtschaftspolitischen Überlegungen der sowjetischen Führung war das Erdgas ein wichtiger Rohstoff für die chemische Industrie und die Rüstungsbetriebe. Mit der fortschreitenden Industrialisierung wurde der Bedarf an dem ziemlich preiswerten Erdgas immer größer. Bevor die Gasförderung in Sibirien ab Mitte der siebziger Jahre allmählich auf Hochtouren kam, belieferte die Ukraine mit dem Erdgas nicht nur die Betriebe in der Republik, sondern auch viele Regionen des europäischen Teils Russlands. Bis 1977 konnte sie nicht nur ihren eigenen Bedarf decken, sondern war auch ein wichtiger Gasexporteur innerhalb der Sowjetunion (das Erdgas wurde nicht nur nach Russland, sondern auch nach Lettland, Litauen, Weißrussland und Moldawien geliefert) und in die Comecon (Exporte in die Tschechoslowakei).

Die höchsten Fördermengen wurden bis Mitte der siebziger Jahre erreicht (1975: 68,7 Milliarden m³), danach ging das Fördervolumen aus den immer stärker erschöpften ukrainischen Gasfeldern deutlich zurück, bis es sich Mitte der neunziger Jahre bei rund 18 Milliarden m³ einpendelte. Seit 2004 fördert die Ukraine mit rund 20 Milliarden m³ wieder etwas mehr Gas. Geblieben sind die großen unterirdischen Höhlen, die später als Gasspeicher genutzt wurden. Vier von fünf großen Gasspeichern befinden sich in der Westukraine.

Mit dem immer weiter steigenden Gasbedarf seitens der Schwer- und Rüstungsindustrie geriet die Ukraine bereits in den achtziger Jahren in die Abhängigkeit von den Gaslieferungen aus Sibirien und Turkmenistan. In der Spitze verbrauchte die Republik 1990, also im letzten Jahr vor dem Zerfall der Sowjetunion, knapp 120 Milliarden m³ Erdgas. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der einsetzenden Wirtschaftskrise im postsowjetischen Raum wurden die wirtschaftlichen Abhängigkeiten immer stärker zu politischen.

DIE WIRREN DER POSTSOWJETISCHEN ZEIT UND DIE ERSTEN GASKONFLIKTE

Im Unterschied zu den russischen Erdöllieferungen, die bereits seit 1993 auf die marktwirtschaftliche Basis umgestellt worden waren und bei denen man eigentlich kaum von größeren Skandalen gehört hatte, waren die Gaslieferungen von Anfang an intransparent. Die Preise – sowohl für das Importgas als auch für den Transit nach Europa – wurden in bilateralen Verhandlungen festgelegt und lagen deutlich unter den europäischen Preisen. Schon die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren durch wiederkehrende Gaskrisen gekennzeichnet. Russland lieferte Anfang der neunziger Jahre jährlich zwischen 80 und 90 Milliarden m³ Erdgas an die Ukraine – zunächst an die neu gegründete staatliche Ukrgasprom AG, die das russische Gas an ukrainische Kunden weiter verkaufte. Das Geld für die Lieferungen kam jedoch selten an – weder bei Ukrgasprom noch bei der russischen Gasprom. Sehr schnell ist ein Schuldenberg entstanden, der bis 1994 laut verschiedenen Schätzungen auf vier bis 4,5 Milliarden US-Dollar angewachsen ist. Moskau hat mehrmals versucht, die Gasschulden einzutreiben, unter anderem auch durch den Lieferstopp. Im Oktober 1992, im Februar 1993 und wiederholt im November 1993 kam es zu Drohungen, die Gaslieferungen zu stoppen, oder sogar zu Einschränkungen bei den Liefermengen. Als Antwort darauf fiel aber auch der Druck in der Transitpipeline nach Europa. Schon bald hat man in Moskau erkannt, dass das Schuldenproblem auf diese Weise nicht zu lösen war. Auch die immer wieder unternommenen Versuche, die Schulden gegen andere ukrainische Aktiva zu verrechnen (als Varianten galten, unter anderen, die Übernahme der Atomwaffen, der Schwarzmeerflotte oder der Transitpipeline) sind immer am politischen Widerstand im Kiewer Parlament oder in der ukrainischen Regierung gescheitert.

Es schlug die große Stunde der Zwischenhändler – wie Itera, später EuralTransGas, oder schließlich RosUkrEnergo.

Das Problem der Zahlungen konnte erst ab 1994 nach dem Amtsantritt von Präsident Kutschma halbwegs gelöst werden. Transparenter wurden die russisch-ukrainischen Gasbeziehungen dadurch allerdings nicht. Es schlug die große Stunde der Zwischenhändler – wie Itera, später EuralTransGas, oder schließlich RosUkrEnergo. Im Gasgeschäft, nämlich bei einem der frühen Zwischenhändler, „Vereinigte Energiesysteme der Ukraine“, war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auch die spätere Premierministerin Julia Timoschenko, bis sie sich mit Präsident Kutschma zerstritt und die Oppositionsrolle annahm. Die ursprüngliche Idee des Geschäfts bestand darin, Gas an zahlungskräftige Industriekunden direkt zu liefern, vorbei an Ukrgasprom. Die politische Komponente kam erst viel später mit RosUkrEnergo dazu. Die ersten Konzessionen wurden 1996 erteilt, in dieser Zeit begann auch das Geschäft mit dem turkmenischen Gas. Das ganze System funktionierte mit Einverständnis auf der hohen politischen Ebene. Die Zahlungen wurden nicht selten in dubiosen Tauschgeschäften abgewickelt. Zu verschiedenen Zeiten hatte die Ukraine das Recht, das zu niedrigen Preisen gekaufte russische Gas weiter zu exportieren. Dabei waren offensichtlich auch Privatinteressen auf beiden Seiten mit im Spiel. Ein anonymer Experte beschreibt im Forum der ukrainischen Zeitschrift *Korrespondent* die klassische Variante des Weiterverkaufs russischen Gases aus den neunziger Jahren. Das zum Preis von 50 Dollar (früher noch billiger) gekaufte Gas wurde zunächst an eine Briefkastenfirma in einer Inselsteueroase für 55 Dollar verkauft. Auf diese Weise konnte man die Steuern in Russland und in der Ukraine minimieren. Die Briefkastenfirma, die je zur Hälfte den russischen und den ukrainischen Partnern gehörte, verkaufte das Gas anschließend zu den normalen „Marktpreisen“ und zur beiderseitigen Zufriedenheit an die europäischen Abnehmer.

1998 wurde die Naftogas AG gegründet – im Rahmen eines Versuches, die Branche und den Energiesektor insgesamt zu reformieren. Der Versuch scheiterte, obwohl die Regierung von Viktor Juschtschenko und der für die Energiewirtschaft zuständigen Vizepremierministerin Julia Timoschenko im Jahr 2000 einige Reformen auf dem Energiemarkt mit Erfolg durchsetzen konnte. Es gelang, den Strommarkt zu liberalisieren und das Problem der Tauschgeschäfte zu lösen. Doch der Gassektor blieb intransparent.

Zum Jahresanfang 2006 kam es zu einem weiteren Konflikt mit Russland, das die Lieferungen an die Ukraine für einige Tage einstellte. Gasprom ließ bereits im März 2005 verkünden, dass der Konzern nunmehr „Weltmarktpreise“ von der Ukraine verlangen wolle. Ende 2005 wurde der Preis von 230 Dollar genannt, was fast eine Verhundertfachung des Preises, den die Ukraine bislang gezahlt hatte, bedeutet hätte. Obwohl die öffentliche Meinung in Europa und in den USA auf der Seite der Ukraine war und die russische Vorgehensweise allgemein als inakzeptabel und als Rache für die „Orangene Revolution“ betrachtet wurde, endete der Streit mit einem für die Ukraine äußerst ungünstigen Kompromiss. Der Gaspreis hat sich auf 95 Dollar fast verdoppelt, der Zwischenhändler RosUkrEnergo etablierte sich endgültig auf dem Markt, und die intransparenten Verhandlungen und Verträge ließen Gerüchte über Korruption in der engsten Umgebung von Präsident Viktor Juschtschenko aufkommen.

Obwohl die öffentliche Meinung in Europa und in den USA auf der Seite der Ukraine war und die russische Vorgehensweise allgemein als inakzeptabel und als Rache für die „Orangene Revolution“ betrachtet wurde, endete der Streit mit einem für die Ukraine äußerst ungünstigen Kompromiss.

DIE ERWARTETE KRISE MIT UNERWARTETEN FOLGEN: DER GASKONFLIKT 2009

Zum 1. Januar 2009 stellte Gasprom die Lieferungen an die Ukraine erneut ein. Beide Seiten konnten sich bis Ende 2008 wieder nicht auf einen neuen Liefervertrag einigen. Doch im Unterschied zu 2006 ging Russland viel weiter und stellte am 7. Januar auch die Transitlieferungen an europäische Länder ein. Dies wurde mit dem Vorwurf begründet, dass die Ukraine das Transitgas illegal abzapfe.

Diesmal war die Ukraine besser auf den Konflikt vorbereitet – die Gasvorräte in den Speichern betragen rund 17 Milliarden m³, was für die Eigenversorgung für die nächsten zwei bis drei Monate ausreichen sollte. Es ist auch gelungen, das ukrainische Pipelinesystem nach dem kompletten Lieferstopp auf die autonome Arbeit umzustellen. Politisch fanden Präsident Juschtschenko und Premierministerin Timoschenko, die ansonsten heillos zerstrittenen waren, zunächst ihre Einigkeit wieder. Für eine kurze Zeit, wie sich bald herausstellte.

Nach dem Gasstreit von 2006 wurde das Gas an die Ukraine nicht mehr direkt von Gasprom, sondern von dem ominösen Zwischenhändler RosUkrEnergo geliefert, zuletzt zu

einem Preis von 179,5 US-Dollar pro 1000 m³. Damit lag der Gaspreis für die Ukraine im vergangenen Jahr immer noch deutlich unter dem europäischen Preisniveau, dasselbe galt aber auch für die Transitgebühren für das russische Gas, das über ukrainische Pipelines weiter nach Europa floss. Zuletzt betragen sie knapp 1,7 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter und 100 km.

Der ukrainische Abnehmer, die Naftogas AG, hatte seit einiger Zeit große Schwierigkeiten mit der Bezahlung der Rechnungen, da die Preiserhöhungen der letzten Jahre nur zum Teil an die Endverbraucher weitergegeben wurden. Auch die Zahlungsmoral der Ukrainer ließ zu wünschen übrig. Obwohl die Regierungen in Moskau und Kiew in einem Memorandum im Oktober vergangenen Jahres ihren Wunsch erklärt hatten, für 2009 zu Direktverträgen zwischen Gasprom und Naftogas zurückzukehren und die Gaspreise für die Ukraine in den nächsten drei Jahren schrittweise an das europäische Niveau anzuheben, forderte Gasprom zunächst die vollständige Bezahlung der Rückstände, die sich nach russischen Angaben auf 2,1 Milliarden US-Dollar beliefen. Nach langem Hin und Her meldete die Ukraine am 30. Dezember, dass sie die Rechnungen für November und Dezember in Höhe von etwa 1,6 Milliarden Dollar beglichen und das Geld an Gasprom überwiesen habe. Die Forderung nach über 600 Millionen Verzugszinsen wies Kiew jedoch entschieden zurück.

Die neuen Lieferbedingungen von Gasprom waren der „Freundschaftspreis“ von 250 Dollar pro 1000 m³ bei gleichbleibender Transitgebühr. Kiew wies auf fallende Öl- und Gaspreise hin und nannte einen Preis von maximal 201 Dollar bei Erhöhung der Transitgebühr auf mindestens zwei Dollar pro 1000 Kubikmeter und 100 Kilometer als akzeptabel. Anderen Angaben zufolge war Naftogas sogar bereit, einen Preis von 235 Dollar bei der Erhöhung der Durchleitungsgebühr auf 1,8 Dollar zu akzeptieren. Doch zu einer Vertragsunterzeichnung kam es nicht. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, die genauen Gründe dafür blieben im Dunklen.

Kiew wies auf fallende Öl- und Gaspreise hin und nannte einen Preis von maximal 201 Dollar bei Erhöhung der Transitgebühr auf mindestens zwei Dollar pro 1000 Kubikmeter und 100 Kilometer als akzeptabel.

Womöglich war die Eskalation des Streites von Moskau gewollt. Der Vorstandsvorsitzende von Naftogas, Oleg Dubyna, behauptete dies jedenfalls Wochen später. Darauf, dass man diese Option zumindest für wahrscheinlich gehalten hatte,

wiesen auch die Warnungen von Gasprom im Dezember hin, dass der Konzern wegen der ukrainischen Position die Sicherheit der Lieferungen nach Europa nicht mehr garantieren könne. Strategisch gesehen könnte das Kalkül in der Erwartung gelegen haben, dass die Ukrainer bald nach der Einstellung der Gaslieferungen einknicken würden. Die Experten sahen in dem Streit neben den wirtschaftlichen Aspekten auf jeden Fall auch die politische Komponente – Russland wollte langfristig nicht nur das Gas zu Weltpreisen an die Ukraine verkaufen, sondern auch die Kontrolle über die Pipelines erlangen. Bislang hatte sich Kiew dagegen erfolgreich gewehrt. Das politische Interesse Russlands dürfte auch darin gelegen haben, die Ukraine als Schmuttelkind bloßzustellen und ihre Unzuverlässigkeit als Transitland anzuprangern. Somit könnte man den Bau der umstrittenen Ostseepipeline vorantreiben. Doch auch das Interesse der russischen Führung, die Ukraine innenpolitisch weiter zu schwächen und für ihren pro-westlichen Kurs zu bestrafen, dürfte eine Rolle gespielt haben.

DER INFORMATIONSKRIEG ‚STRATEGISCHER PARTNER‘

Während Gasprom kein Gas mehr in die ukrainischen Pipelines einspeiste, versuchten Kiew und Moskau ihren Argumenten Gewicht zu verleihen. Der Gasstreit wurde von einem Schlagabtausch begleitet. Beide Seiten bemühten sich frühzeitig um die Internationalisierung des Konflikts. In russischen Medien, die auch auf ukrainischem Gebiet zu empfangen sind, wurde Kiew als einziger Schuldiger dargestellt. Die Berichterstattung – mit ausführlichen Beiträgen und Show-Bildern über den Lieferstopp, „Live-Übertragung“ der Gespräche des Präsidenten oder des Premiers mit der Gasprom-Führung und Schaltungen aus der Gasprom-Zentrale – hatte sowieso stark ausgeprägte Propaganda-Züge. Die Berichterstattung in den ukrainischen Medien war deutlich ausgewogener, hier überwog erwartungsgemäß die andere Meinung: das „provokative“ russische Verhalten habe die Krise verursacht. Für einen Außenstehenden war es in dieser Situation, wo die Details und die Hintergründe im Dunklen blieben, sehr schwierig, einen objektiven Blick zu behalten.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen forderte Gasprom ab sofort den „Marktpreis“, und der sollte nach Darstellung der russischen Seite bei 418 Dollar liegen. Einige Tage später

nannte Gasprom mit 450 Dollar sogar einen noch höheren Preis. Die Ukrainer wiesen dies als Phantasiegebilde zurück.

Kiew's Hauptargument: Man sei nicht grundsätzlich gegen die Preiserhöhung, gleichzeitig müssten aber nach den Vorstellungen der ukrainischen Seite entsprechend auch die Durchleitungsgebühren steigen. Dies entspreche auch dem ukrainisch-russischen Regierungsmemorandum vom Oktober.

Kiew's Hauptargument: Man sei nicht grundsätzlich gegen die Preiserhöhung, gleichzeitig müssten aber nach den Vorstellungen der ukrainischen Seite entsprechend auch die Durchleitungsgebühren steigen.

In diesem Konflikt hatten jedoch beide Seiten keine weiße Weste. Zwar hatten sich die ukrainischen Schulden nur in den letzten drei Monaten von 2008 angehäuft, als Naftogas infolge der Finanzkrise immer mehr in finanzielle Schieflage geraten war, doch lange Zeit hatte Kiew überhaupt abgestritten, irgendwelche Gasschulden zu haben. Bis zum Ausbruch der Krise war man gar nicht um Transparenz bemüht. Die Wahrheit war erst später Stück für Stück ans Licht gekommen. Das andere Problem war, dass für den Gastransit ab 2006 ein anderer Vertrag galt, der ohne russische Zustimmung nicht geändert werden konnte. Und in diesem Vertrag waren die Durchleitungsgebühren festgelegt. Weil man für die Durchleitung des russischen Gases nach Europa eine bestimmte Gasmenge braucht, das so genannte technische Gas, und dieses ebenfalls in Russland gekauft werden muss, würde der ‚Freundschaftspreis‘ von 250 Dollar bei gleichbleibender Transitgebühr dazu führen, dass die Ukraine für den Transit draufzahlt. Dieses für die Durchleitung notwendige Gas hatte das Land ab 2009, als keine neuen Lieferverträge unterzeichnet wurden, von der Liefermenge nach Europa abgezogen, um den Transit sicherzustellen, beteuerte Kiew. Das sei Diebstahl, behauptete Gasprom. Und sowieso liege der Transitpreis auf dem Marktniveau. Einige Tage später nannte der russische Premierminister Wladimir Putin einen höheren „Marktpreis“: 3,4 Dollar.

Die meisten ukrainischen Experten sehen den Preis aber noch höher, zum Beispiel wurde in einer Publikation der Internet-Zeitung *Ukrainska Prawda* in einer Expertenkalkulation der „faire“ Transitpreis von 5,1 Dollar berechnet. Das Verlustgeschäft mit dem Transit hätte Naftogas womöglich früher oder später in die Insolvenz getrieben. Juristisch gesehen war die ukrainische Position aber anfechtbar, und der Monopolist Gasprom glaubte sowieso am längeren Hebel zu sitzen. Obwohl die wirtschaftliche Vernunft nicht dafür sprach, dass man den

größten Kunden, der rund 50 Milliarden m³ Gas pro Jahr kauft, in die Pleite trieb, erinnerten die Verhandlungen eine Zeit lang an ein Gespräch, bei dem einer der Gesprächspartner eine geladene Pistole in der Hand hält. Auch wegen des Streits um die Verzugszinsen dreht man den Hahn nicht sofort spektakulär ab. Doch in einem Informationskrieg herrschen wohl andere Regeln.

GEISEL EUROPA

Nach der kompletten Einstellung der Gaslieferungen am 7. Januar, dem ersten orthodoxen Weihnachtstag, brachten zunächst auch die Vermittlungsversuche der Europäischen Union keinen Erfolg. Kiew rief die EU schon früher auf, in dem Konflikt zu vermitteln, Brüssel wies dies jedoch unter dem Vorwand, dass es sich dabei um eine bilaterale Angelegenheit handle, zurück. Die Engpässe nach dem Ausfall der russischen Lieferungen bei der Gasversorgung in Europa zeigten, wie stark die tatsächliche Abhängigkeit der EU von Russland ist, sie ist letztlich auch durch die fehlerhafte oder teilweise sogar fehlende Strategie in der Energieversorgung mitverursacht. Diese Situation hat deutlich gemacht, dass die EU nicht nur nach Alternativen suchen muss. Es reicht nicht aus, nur die Sicherheit des Transits im Auge zu behalten, man muss auch den gesamten Kontext der Beziehungen zwischen dem Lieferanten und dem Transitland im Blick haben. Die neue Krise hat gezeigt, wie leicht der Transit in dem Streit instrumentalisiert werden kann.

Die Engpässe nach dem Ausfall der russischen Lieferungen bei der Gasversorgung in Europa zeigten, wie stark die tatsächliche Abhängigkeit der EU von Russland ist.

Am 12. Januar wurde bei der aktiven Vermittlung der tschechischen EU-Präsidentschaft anscheinend der Kompromiss über die Wiederaufnahme der Lieferungen gefunden. Im unterzeichneten Protokoll über die Entsendung einer internationalen Beobachterkommission, die den Transit überwachen sollte, hatte Kiew der Forderung Moskaus nachgegeben und sich verpflichtet, den internationalen Experten den Zugang zu den Gasspeichern auf dem ukrainischen Territorium zu gewähren, allerdings nur in dem Umfang, der für die Stabilität der russischen Gaslieferungen an die EU notwendig sei. Der Zugang für Experten zu den Gasspeichern in Russland war nicht vorgesehen. Die Regierung in Kiew ging davon aus, dass die Beobachtermission ihr Mandat vorerst maximal einen Monat lang ausüben durfte. Die ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko versprach erneut, das Gas nach

Europa durchzuleiten, sobald Russland die Lieferungen wieder aufnehmen werde. Die Transitlieferungen nach Europa sollten nach den Vorstellungen der ukrainischen Seite vorerst unter alten Vertragsbedingungen wieder aufgenommen werden. Das hieß: Die Gebühr von 1,7 Dollar bleibt bestehen, die Ukraine wird von Russland das für die Durchleitung notwendige „technische Gas“ zu den alten Konditionen, also für 179,5 Dollar pro 1000 m³, kaufen. Dieses Gas sollte erst nach der Unterzeichnung neuer Verträge zwischen Kiew und Moskau über Transit und Gaslieferungen an die Ukraine bezahlt werden.

Der tschechische Premierminister Mirek Topolánek, der als Vertreter der EU-Präsidentschaft während der Krise zwischen Kiew und Moskau vermittelt hatte, zeigte sich nach der Unterzeichnung des Protokolls zufrieden. Seiner Meinung nach konnte nun das russische Gas nach Europa spätestens in 36 Stunden wieder fließen. „Nichts hindert Russland mehr, die Gaslieferungen wiederaufzunehmen“, sagte Topolánek. Die Experten wiesen darauf hin, dass Russland durch das Ausbleiben der Lieferungen an europäische Länder seit dem 7. Januar täglich etwa 120 Millionen Dollar verlor.

Doch floss am 13. Januar zunächst kein russisches Gas durch die Ukraine. Beide Seiten schoben sich wieder gegenseitig die Schuld zu. In Kiew war man der Meinung, dass die Verantwortung für den Ausfall der Gaslieferungen nach Europa gänzlich auf der russischen Seite lag. Moskau behauptete wieder, dass Kiew die Durchleitung blockiere.

Die Experten wiesen darauf hin, dass die von Gasprom geforderte Route bei der kleinen „Probemenge“ die Durchleitung praktisch unmöglich mache.

Die Experten wiesen darauf hin, dass die von Gasprom geforderte Route bei der kleinen „Probemenge“ die Durchleitung praktisch unmöglich mache. Das Problem: da fast alle großen Gasspeicher im Westen des Landes sind, wurde nach der Einstellung der Lieferungen das Gas im ukrainischen Leitungsnetz nicht mehr von Ost nach West, sondern von West nach Ost gepumpt, um die östlichen und südlichen Regionen zu versorgen. Die von der russischen Seite beantragte Route hätte nicht nur mehrere Regionen im Osten und im Süden des Landes vom Gas abgeschnitten, sondern womöglich das gesamte System zum Kollaps gebracht. Den Vorschlag von Naftogas, eine andere Route zu wählen, die Liefermenge zu erhöhen und diese mittelfristig zu garantieren, wurde von Gasprom zurückgewiesen. Die Routenwahl sei nicht die Sache des Transiteurs, hieß es in Moskau, die Ukrai-

ne sei einfach nicht imstande, das Gas durchzuleiten. Russland könne die Produktion nicht wieder hochfahren und die notwendigen Mengen liefern, konterte Kiew.

DER UKRAINISCH-RUSSISCHE KOMPROMISS

Der Kompromiss wurde erst nach schwierigen Verhandlungen zwischen dem russischen Premier Wladimir Putin und der ukrainischen Premierministerin Julia Timoschenko erzielt. Nach fünfstündigen Verhandlungen in Moskau in der Nacht auf den 18. Januar haben sich beide Seiten auf folgende Bedingungen geeinigt: Die Ukraine wird 2009 das russische Gas mit einem Rabatt auf den marktgerechten „Basispreis“ in Höhe von 20 Prozent bekommen, der Basispreis wird auf 450 Dollar pro 1000 m³ festgelegt. Gasprom wird das Gas ohne Zwischenhändler direkt an Naftogas liefern. Gleichzeitig behält die Gasprom-Tochter Gasprobsbyt Ukraine den Zugang zum ukrainischen Markt. Der Tarif für die Durchleitung des russischen Gases nach Europa bleibt für dieses Jahr bei 1,7 Dollar pro 1000 m³ und 100 km auf dem Niveau von 2008. Beide Seiten haben vereinbart, ab 2010 sowohl bei der Transitgebühr als auch bei den Gaslieferungen an die Ukraine zu den „Marktpreisen“ zu wechseln. Gleichzeitig erklärten Moskau und Kiew den Konflikt für beigelegt und verzichteten offiziell auf alle Forderungen

DER GASKONFLIKT UND DIE NEUEN GASVERTRÄGE: VERSUCH EINER ANALYSE

Obwohl sich der Gasstreit zwischen Kiew und Moskau bereits im Dezember 2008 angekündigt hatte, war man weder in der Ukraine noch in der EU auf den kompletten Lieferstopp vorbereitet. Diese Variante hielt man sowohl in Kiew als auch in den europäischen Hauptstädten für unwahrscheinlich. Die vorangegangenen Konflikte hatten gezeigt, dass Russland bisher den letzten Schritt nie wagte und seinen Lieferverpflichtungen gegenüber den europäischen Abnehmern letztlich den Vorrang gab. Zum ersten Mal in einem Gasstreit (und zum zweiten Mal nach dem Georgien-Krieg) war Russland bereit, mit der letzten Konsequenz zu handeln und einen großen politischen Schaden zu akzeptieren.

Welche Gründe auch immer für Russland im Gaskonflikt die ausschlaggebende Rolle gespielt haben (einige Experten wie z. B. der Leiter des Programms „Russland und Eurasien“ des

britischen Chatham House, James Sherr, behaupteten in einem Artikel für die ukrainische Wochenzeitung *Zerkalo Nedeli*, dass Moskau eher aus Verzweiflung über die sinkende Kapitalisierung von Gasprom und über den Preisverfall bei Energieträgern handelte), die Folgen des Konfliktes be-

Im Grunde genommen kann man heute nicht mehr davon ausgehen, dass die russischen Gaslieferungen sicher sind.

beschränken sich nicht nur auf den Imageschaden für die Ukraine und Russland. Im Grunde genommen kann man heute nicht mehr davon ausgehen, dass die russischen Gaslieferungen sicher sind. Durch den Bau von Umgehungspipelines wie der Ostseepipeline oder der South-Stream-Pipeline kann womöglich die Versorgung einzelner Länder besser gesichert werden, aber nicht die der EU als ganzer.

Es ist auf absehbare Zeit illusorisch, das Problem der russisch-ukrainischen Gaslieferungen und der Transitlieferungen voneinander zu trennen. Die EU kann sich hier in Zukunft keine passive Beobachterposition mehr leisten, im eigenen Interesse muss sie eine viel aktivere Energiepolitik betreiben. Ob es zu einer effizienten gemeinsamen Energiepolitik auch nach dem neuen ukrainisch-russischen Konflikt kommt, ist ungewiss.

Die Einbeziehung der ukrainischen Interessen in den Kontext der europäischen Energiepolitik wäre wichtig, in der heutigen Situation aber äußerst schwierig. Das große Problem hier ist nicht nur das zerrüttete Vertrauen in die Ukraine, die in Europa mit immer größerer Enttäuschung als chaotisches Land wahrgenommen wird, sondern auch die ukrainische Position selbst beziehungsweise das Fehlen einer klaren Position überhaupt. Die Transparenz und eine aktive Informationspolitik wären das oberste Gebot für die Ukraine in der Zukunft, auch über die Beziehungen im Gassektor hinaus. Nur so kann es gelingen, das verlorene Vertrauen der europäischen Politiker wieder zu gewinnen. Bisher haben die Partikularinteressen der einzelnen Wirtschaftsgruppen und Politiker die ukrainische Politik dominiert. Der fehlende Konsens auf Grundlage der nationalen Interessen und die ständigen Kleinkämpfe verschiedener politischer und wirtschaftlicher Gruppierungen sind zwar ein Zeichen für den politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb, sie verwandeln sich aber in kritischen Situationen in eine ernsthafte Gefahr für das Land. Leider gibt es heute kaum Gründe anzunehmen, dass sich das Verhalten der ukrainischen Eliten in absehbarer Zukunft ändern wird.

Den so genannten Medienkrieg/Informationskrieg gegen Russland hat die Ukraine weder verloren noch gewonnen. Sie hat ihn erst mal nicht geführt. Und zwar nicht deswegen, weil sie dafür zu schwach oder zu ungeschickt war. Für einen „Medienkrieg“ braucht man gewisse Voraussetzungen – wie etwa die staatliche Propagandamaschinerie, die staatliche Kontrolle über den Großteil der relevanten Medien usw. Diese Voraussetzungen sind in der Ukraine nicht mehr gegeben. Die ukrainischen Medien lieferten ein ziemlich differenziertes Bild über den Konflikt. Deswegen ist der von vielen ukrainischen Experten erhobene Vorwurf an die ukrainischen Medien zumindest in dieser Hinsicht nicht stichhaltig. Die Gründe, warum das Land große Schwierigkeiten hatte, im Westen gegen die einseitige russische Darstellungsweise zu kämpfen, sind woanders zu suchen – im Fehlen der einheitlichen politischen Linie in diesem Konflikt, in der fehlenden Koordination zwischen verschiedenen Behörden und im Unvermögen, rechtzeitig und schnell die komplizierte Materie zu erklären. Mehrere westliche Korrespondenten berichteten, dass es in den ersten Tagen schlicht unmöglich war, eine Stellungnahme aus der Ukraine zu bekommen, auch später waren die offiziellen Reaktionen eher passiv, man versuchte nur, auf Anschuldigungen von Gasprom zu reagieren.

Das jahrzehntelange Hinauszögern des Übergangs auf eine europäische Formel bei der Preisgestaltung hat für die Ukraine mehr Nachteile als Vorteile gebracht. Lange Jahre ist das Land politisch erpressbar geblieben. Manche politischen Parteien, die in erster Linie die Interessen des Großkapitals im Osten des Landes vertreten – wie die Partei der Regionen – waren oft bereit, für den niedrigen Gaspreis politische Zugeständnisse an Russland zu machen. Der relativ niedrige Preis für Industriebetriebe, die mittlerweile allesamt in privatem Besitz sind, bei gleichzeitig niedriger Transitgebühr bedeutete de facto eine indirekte Subvention aus dem Staatshaushalt an zahlreiche ineffizient wirtschaftende Privatunternehmen. Die Niedrigpreispolitik hat auf Dauer auch die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Schwerindustrie auf internationalen Märkten behindert – es wurden kaum Anreize für die Modernisierung der veralteten energieintensiven Anlagen geschaffen. Das Exportgeschäft in der Stahlindustrie und in der Chemiebranche lief nur solange gut, wie weltweit eine Hochkonjunktur herrschte und indirekte Subventionen in diese Bran-

Manche politischen Parteien, die in erster Linie die Interessen des Großkapitals im Osten des Landes vertreten – wie die Partei der Regionen – waren oft bereit, für den niedrigen Gaspreis politische Zugeständnisse an Russland zu machen.

chen flossen. Es ist nicht verwunderlich, dass in dieser Situation die Weltwirtschaftskrise die ukrainischen Betriebe mit ihrer kostenintensiven Produktion am härtesten getroffen hat.

Die neuen Gasverträge zwischen Naftogas und Gazprom sind die ersten Verträge nach dem Zerfall der Sowjetunion, die den Gaspreis und die Durchleitungsgebühr nicht mehr auf der Basis der bilateralen jährlichen Verhandlungen, sondern auf Grundlage einer Preisformel definieren. Auch wenn die neuen Spielregeln die politische Komponente im ukrainisch-russischen Gashandel nicht ganz ausschalten werden, sollen sie diese in der Zukunft minimieren. Auf Dauer werden die Verträge für mehr Transparenz im Gassektor sorgen. Von ukrainischen Experten wird allerdings der hohe Preis von 450 US-Dollar kritisiert, der der Preisformel zugrunde gelegt wurde. Dass die Angriffe gegen Timoschenko aus dem Präsidialamt in noch schärferen Tönen sofort wieder aufgenommen wurden (unter anderem wurde ihr auch Landesverrat vorgeworfen), mag nicht verwundern. Es ist nur ein Zeichen dafür, dass der politische Kampf mit neuer Kraft entbrannt ist.

Der Verzicht auf den Zwischenhändler RosUkrEnergo und die Rückkehr zu direkten Verträgen zwischen Naftogas und Gazprom sind positiv einzuschätzen. Allerdings wäre es falsch, dies als das große Verdienst von Timoschenko darzustellen. Der Kampf gegen den Zwischenhändler, an dem Gazprom zu 50 Prozent beteiligt war, wäre ohne politisches Einverständnis in Moskau aussichtslos gewesen. Zu einem gewissen Zeitpunkt war das System mit den Zwischenhändlern, als private Interessen im Gassektor sowohl in Kiew als auch in Moskau eine wichtige Rolle spielten, für beide Seiten wünschenswert. Mit der Stärkung der staatlichen Kontrolle in Russland insbesondere im Energiesektor unter Präsident Putin änderte sich auch die Rolle des Zwischenhändlers – nun sollte er mit niedrigeren Preisen und intransparenten Geschäften Tür und Tor für die politische Korruption öffnen. In einem bestimmten Moment war der Kreml offensichtlich bereit, auf den Zwischenhändler zu verzichten, um andere Dividenden zu bekommen – den höheren Gaspreis –, ohne gleichzeitig alle politischen Hebel aus der Hand zu geben.

Die Rechnung Julia Timoschenkos kann aufgehen, wenn der Gaspreis auf Dauer niedrig bleibt. Da die Gaspreise mit einer Verzögerung von sechs Monaten auf die Entwicklung der Ölpreise reagieren, kann man für dieses Jahr zumindest eine

ungefähre Prognose aufstellen. Aus dieser Überlegung hat die Regierung den Gaspreis an der russisch-ukrainischen Grenze für 2009 auf 228,8 US-Dollar pro 1000 m³ festgelegt. Trotzdem wird Naftogas wohl insbesondere im ersten Halbjahr, wenn der Gaspreis noch deutlich höher sein wird, Liquiditätsprobleme haben und kann wieder in eine Schuldenfalle geraten. Zudem können die höheren Gaspreise gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise, die das Land mit voller Wucht getroffen hat, die ukrainische Schwerindustrie in eine tiefe Rezession stürzen. Die oppositionelle Partei der Regionen, die in erster Linie die Interessen des Industriekapitals im Osten des Landes vertritt, behauptet, dass die neuen Gaspreise die Schwerindustrie in den Ruin treiben werden. Die Experten sind vorsichtiger in ihren Einschätzungen, trotzdem sind sie der Meinung, dass zumindest beim pessimistischen Szenario das BIP in diesem Jahr bis zu zehn Prozent schrumpfen könnte. Eine zusätzliche Gefahr birgt hier die Abwertung der ukrainischen Währung Hrywnja, die das Importgas für ukrainische Kunden zusätzlich verteuert.

Gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise, die das Land mit voller Wucht getroffen hat, können die höheren Gaspreise die ukrainische Schwerindustrie in eine tiefe Rezession stürzen.

Früher oder später muss sich die Regierung von der Politik der Subventionierung der Gaspreise für sämtliche ukrainischen Haushalte verabschieden und sich auf gezielte Subventionen für Bedürftige beschränken. Denn auch nach der letzten Preiserhöhung im Januar zahlt die Bevölkerung einen Preis von umgerechnet 46 Euro pro 1000 m³. Zwar heißt es, dass die Haushalte ausschließlich mit dem Gas aus der Eigenproduktion versorgt werden, doch verzerrt dieser Preis nicht nur den Wettbewerb, auch reicht das Geld bei Weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. Der Verzicht auf Massensubventionierung hatte bisher jedoch für keine Regierung Priorität.

Der Gasvertrag birgt auch einige ernsthafte Tücken. Unklar bleibt bisher der Tarif für den Gastransit, der ab 2010 auch nach einer Formel errechnet werden soll. Die bisherigen Interpretationen beider Seiten unterscheiden sich, was potenziell für Konfliktstoff sorgen könnte.

Unklar bleibt auch die Regelung mit der Schuldenübertragung von RosUkrEnergo. Gasprom hat die Schulden des Zwischenhändlers in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar an Naftogas verkauft. Laut Interpretation von Timoschenko bedeutet dies,

dass damit die elf Milliarden m^3 Erdgas, die sich in den Speichern von Naftogas befinden, aber RosUkrEnergogehören, auf den ukrainischen Energiekonzern übertragen wurden. Doch so einfach ist die Sache nicht, übertragen wurde lediglich die Forderung, die Naftogas sowohl in Geldform als auch in Naturalien erheben kann. Wegen der elf Milliarden m^3 Gas steht zumindest noch ein langer juristischer Kampf bevor. Dieser Streit wird auch für politische Turbulenzen in der Ukraine sorgen.

Die Verpflichtung von Naftogas, ab 2010 jährlich 52 Milliarden m^3 Erdgas zu kaufen, schafft kaum Anreize für Energiesparmaßnahmen in der Ukraine und für die Entwicklung der eigenen Gasförderung. Zwar gibt es im Vertrag eine Klausel, die für das Mindestvolumen, das bezahlt werden muss, einen Faktor von 0,8 vorsieht. Das würde die obligatorische Abnahme um 10,4 Milliarden m^3 verringern. Doch auch bei knapp

42 Milliarden m^3 Importgas bleibt der Regierung in Kiew nicht besonders viel Spielraum.

Bei einer geschätzten Eigenproduktion von rund 20 Milliarden m^3 jährlich würde dies den hohen Jahresverbrauch von 62 bis 72 Milliarden m^3 bedeuten, was praktisch auf dem heutigen Niveau liegen würde.

Bei einer geschätzten Eigenproduktion von rund 20 Milliarden m^3 jährlich würde dies den hohen Jahresverbrauch von 62 bis 72 Milliarden m^3 bedeuten, was praktisch auf dem heutigen Niveau liegen würde. Unklar bleibt, wie in

dieser Situation Ziele wie die Entwicklung alternativer Energien, die Verringerung der Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland oder die Reform des Energiesektors realisiert werden können. Ohne eine umfassende Reform des Energiesektors wird die heutige Situation früher oder später unausweichlich zu einer noch schärferen Krise führen.